

Sächsische Staatszeitung

Staatsanzeiger für



den Freistaat Sachsen

Erscheint Mittags mit dem Datum des Erscheinungstages.
Bezugspreis: Monatlich 3 Mark. Einzelne Nummern 15 Pf.
Verleger: Verlagsanstalt Nr. 21295 - Schriftleitung Nr. 14574.
Postfachamt Dresden Nr. 2486. - Sitzbureau Dresden Nr. 140.

Ankündigungen: Die 32 mm breite Grundzeile oder deren Raum 30 Pf., die 66 mm breite Grundzeile oder deren Raum im amtlichen Teile 60 Pf., unter Ein-
gangs 90 Pf. Ermäßigung auf Geschäftsanzeigen, Familiennachrichten u. Stellen-
gesuche. - Schluß der Annahme vormittags 10 Uhr.

Zeitweise Nebenblätter: Landtags-Beilage, Verkaufsstelle von Holzplanen auf den Staatsforstrevieren.
Verantwortlich für die Redaktion: Hauptredakteur Bernhard Jolles in Dresden.

Nr. 138

Dresden, Dienstag, 17. Juni

1924

Verriot für den Eintritt Deutschlands in den Völkerbund.

Paris, 16. Juni.
Verriot erklärte dem Pariser Vertreter des „New York World“: Die internationale Politik, deren Mittelpunkt der Völkerbund ist, muß der Positivität und Resignation entbehren und aktiv gestaltet werden. Der Völkerbund muß die Offensive ergreifen. Der Friede kann aber nicht gegen oder ohne die Völker gemacht werden, darum muß Deutschland an der Endlösung der Reparationsfrage interessiert und beteiligt werden. Darum trete ich für die Aufnahme Deutschlands in den Völkerbund ein. Es ist ersichtlich, daß nicht früher erkannt ist, welche großen moralischen Erfolg Deutschlands Aufnahme wäre. Die künftige Politik Deutschlands hängt viel mehr, als man glaubt, von der Politik der Alliierten, besonders Frankreichs, Englands, ab. Ein modus vivendi zwischen Frankreich und Deutschland ist daher erwünscht.

Die Flottenabrüstungsfrage und der Völkerbund.

Genf, 16. Juni.
Der Völkerbundrat hat beschlossen: Angesichts der starken Meinungsverschiedenheiten, die sich bei der bisherigen Behandlung der Flottenabrüstungsfrage ergeben haben, das gesamte Problem der nächsten Völkerbundversammlung vorzulegen, damit diese Richtlinien für eine allgemeine Verständigung über die Beschränkung der Flottenrüstungen entwerfen könne.

Eine Niederlage der Labour-Regierung im Unterhaus.

London, 17. Juni.
Die Regierung blieb bei der Ablehnung im Verlaufe der gestrigen Unterhausdebatte über die Londoner Verkehrsverträge mit 126 gegen 189 Stimmen in der Minderheit. Dem „Times“ zufolge heißt es, daß sogar Mitglieder der Regierungsbank gegen die Regierung stimmten. Einmal erklärte, daß die Regierung das Ergebnis der Abstimmung nicht als Niederlage von wesentlicher Bedeutung annehme. Dem „Daily News“ zufolge wird die Niederlage keinerlei Kritik zur Folge haben. Der „Daily Express“ bezeichnet die Niederlage als schwer und demütigend, sowie als einen Schlag gegen das zusammenbrechende Prestige der Regierung.

Eine englische Anleihe an Südslawien.

Paris, 16. Juni.
„Echo de Paris“ erfährt aus London, daß zwischen der südslawischen Regierung und einer großen Londoner Bank ein Abkommen über eine Anleihe von 300000 englische Pfund abgeschlossen worden sei, die durch das südslawische Tabakmonopol garantiert werde. Die Anleihe solle in neun Monaten zurückgezahlt werden. Es handle sich um die erste Finanzoperation dieser Art zwischen Südslawien und England.

Die Schuldenfrage auf der englisch-russischen Konferenz.

London, 16. Juni.
Bei den englisch-russischen Verhandlungen über die Frage der Postkriegsschulden haben gestern die britischen Schuldverschreibungen den russischen Standpunkt angenommen, nachdem die Russen den gegenseitigen Zustand der russischen Finanzen auseinandergesetzt hatten. Folgender Grundgedanke wurde festgelegt, daß, wenn eine Teilzahlung der Schulden erfolgen könne, diese als ein Entgegenkommen von russischer Seite angesehen werden würde. Die Annahme des Prinzips der Teilzahlungen muß als ein bedeutender Fortschritt der Verhandlungen angesehen werden. Aber die Sowjetdelegation machte klar, daß ohne finanzielle Unterstützung nichts an die Schuldverschreibungen gezahlt werden könne. Jedoch wurde die Forderung keine Anleihe, keine Verzinsung von ihnen nicht

in den Vordergrund geschoben, da die Sowjetdelegation in der Großheit eine andere Methode gefunden hat, um die finanziellen Schwierigkeiten zu lösen. Nach ihrer neuesten Ansicht sind weder Anleihen noch Kredite durchaus notwendig. Rußland, das jetzt versucht, sein Budget auszubalancieren, und das seinen Kredit stabilisiert hat, wird gewiß ohne finanzielle Unterstützung längere Zeit getrouen, um sich wieder zu erholen. Aber die Erholung ist auf jeden Fall sicher. Rakowski und sein Komitee werden mit den britischen Schuldverschreibern noch einmal zusammenzutreten, um den genauen Betrag, der für die Zahlung der Postkriegsschulden in Frage kommt, weiter zu diskutieren. Man hofft, daß in nächster Woche ein Abkommen über diese Frage erzielt wird und die russischen Schulden mit einer gewissen britischen Unterstützung gesichert werden können.

Zur Ermordung Matteottis.

Rom, 16. Juni.
Nach der Kabinettssitzung von heute abend spricht man von einer Umbildung des Ministeriums auf einer breiteren Grundlage, da zurzeit alle Minister Gaschisten sind. We-

nichtweise verläuft, daß die Absicht bestehe, auch Männer der Opposition in die Regierung aufzunehmen. Im Ministerialrat gab Mussolini eine ausführliche Erklärung über die politische Lage ab. Die als tatsächlichen Urheber der Entführung Matteottis am schwersten belasteten Personen seien bereits verhaftet. Nach den übrigen Helfershelfern wird eifrig geahndet. Mussolini teilte hierbei mit, der Ministerpräsident und die Minister seien in der Verbindung mit dem Verschwinden Matteottis. Der Polizeipräsident Bertini ist seines Amtes enthoben worden. Der Ministerialrat hat den Präsidenten von Triest Crispomonte zum Generaldirektor der italienischen Polizei ernannt, de Vono, der bisherige Leiter des Polizeirefers, bleibt Kommandant der sächsischen Nationalmiliz. Der König hat den Kolonialminister Federzoni zum Minister des Innern ernannt. Mussolini übernimmt interimistisch das Kolonialministerium.

Neue Verhaftungen.

Rom, 17. Juni.
Die Polizei nahm gestern den Direktor der früheren Zeitung „Tempo“, De Malbi,

Frankreich und die deutschen Nationalisten.

Das Pariser Echo zu Stresemanns Karlsruher Rede.

Paris, 16. Juni.
Der nationalsozialistische Presse in Frankreich bietet die Sonntagrede des deutschen Außenministers Stresemann eine willkommene Gelegenheit zu neuer Scharfmacherei gegen Deutschland und zu Angriffen gegen die von Verriot proklamierte Verständigungsberedlichkeit. - Es lautet die „Antikonzeption“:

„Wenn die Sonntagrede Stresemanns die Antwort darstelle auf Verriots Annäherungsversuch, dann wird dieser unannehmbar begriffen müssen, daß man diese Stunde nicht mit Hohn und Spott befehlen kann. Auch der „Tempo“, der die außenpolitische Absicht des neuen Ministeriums „rückwärts blickt“, sagt aus Anlaß der Rede Stresemanns:

Wenn Deutschland dem Einfluß der Reaktion, sei es der deutschnationalen und Herrn v. Tschirch oder der deutschnationalen unter Ludendorff, unterliegt, so werde keine französische Regierung mehr in der Lage sein, nach einer friedlichen Verständigung zu streben. Dann werde Deutschland von Frankreich keine Konzessionen und keinen Verzicht auf irgendwelche Vorrechte erwarten dürfen. Die neue Regierung werde sich nicht dazwischen lassen. Sobald sie den Eindruck habe, daß die deutsche Politik darauf ausgehe, sich ihren internationalen Verpflichtungen zu entziehen und die friedlichen Absichten der Mehrheit des französischen Volkes gegen Frankreich selbst auszuüben, dann werde das Ministerium Verriot noch schärfer in seinen Besamkeit gegen Deutschland aufgebracht zu haben, und diese Stimmung werde verschärft werden in dem Maße, in dem man in Frankreich einen neuen Krieg verabsieht.“

Zur Ernennung Nollets zum Kriegsminister.

Paris, 16. Juni.
Das untersteicht die von Verriot gestern abend der Presse übermittelte Erklärung, warum er Nollet zum Kriegsminister seines Ministeriums machte, noch mit folgender Auslassung: „Tatsache, daß Verriot Nollet zum Kriegsminister machte, deutet er an, welchen herrschenden Platz für ihn das Problem der Sicherheit Frankreichs einnimmt. Nollet ist augenblicklich tatsächlich ein der Franzosen, die am besten über die Lage in Deutschland und über den Weltkrieg“

Hand der deutschen Bevölkerung noch dem Kriege unterrichtet sind. Während seines langen Aufenthaltes in Berlin machte er nach dieser Richtung mit sehr großem Scharfsinn denartigste Feststellungen, die einem Wiederholer nicht nur in Frankreich, sondern auch in den anderen „Hör-en Ländern“ fanden.“

Verriot bewies bei seinen zahlreichen Reden im Parlament, daß er wie seine ganze Partei im Grunde genommen die Interessen der Deutschen mit den demokratischen Elementen im Deutschen Reich zu suchen. Aber er will keinerlei Konzessionen machen, die geeignet sein könnten, den Rechten und der Sicherheit Frankreichs Abbruch zu tun, die bedroht werden könnten durch die Vorherrschaft der Nationalisten und die Abkehr der Nationalisten von der Demokratie. Nach Verriots Ansicht muß die Kameradschaft Nollets in seinem Kabinett Deutschland zeigen, daß es zwar auf den Liberalismus der französischen Regierung hält, aber nicht auf die geringste Schwäche hoffen dürfe.“

Magniot gegen eine Herabsetzung der Dienstzeit.

Paris, 17. Juni.
Der bisherige Kriegsminister Magniot, der gestern seinem Nachfolger General Nollet die Weisung übergab, hielt laut „Echo de Paris“ eine große Rede. In dieser Rede, deren Wortlaut das Blatt veröffentlicht, unterrichtet Magniot besonders, daß Frankreich ein stark organisiertes Heer besitze. Er sprach sich gegen eine Herabsetzung der Dienstzeit unter 18 Monate aus und sagte, unsere Feinde von gestern sind weder offiziell noch moralisch entwaffnet. Ihre Nebankhoffnungen verknüpften sich mit dem Wunsche, uns nicht zu bezahlen.“

Deutschland nicht im geringsten gefährlich.

London, 17. Juni.
J. N. Spender schreibt in der „Westminster Gazette“, er habe in Unterredungen mit zahlreichen deutschen Offizieren und Beamten, die während der letzten Jahre in Deutschland waren, festgestellt, daß Deutschland in militärischem Sinne gegenwärtig nicht im geringsten gefährlich sei. Aber ebenso sehr glaube er, daß, wenn Deutschland entschlossen sei, im Laufe der nächsten 10 oder 15 Jahre zu ruhen, keine Aussicht der Alliierten werde vorhanden sein, dies in sehr großem Maße zu tun. Ob jedoch Deutschland diesen Weg gehen werde, hänge davon ab, ob die französische Politik, die Verriot vertritt, verständlich sei.“

unter der Beschuldigung sei, die Flucht des Advokaten Filippelli begünstigt zu haben. Colini, der Chauffeur Filippellis, der am 9. Juni das Automobil, das zur Fortschaffung Matteottis diente, in Sicherheit brachte, stellte sich gestern abend der Gerichtsbehörde in Rom. Carabinieri verhafteten gestern in Reco einen Mann namens Bolpi, der als einer der Urheber an der Verhaftung Matteottis bezeichnet wird. In Genua verhaftete die Polizei den früheren Direktor des „Corriere Italiano“, Filippelli, der beschuldigt wird, andere Personen gebungen zu haben, um Matteotti der persönlichen Freiheit zu berauben.“

Die Stunde der Demokratie.

Von Rudolf Breitscheid.

Die neue französische Regierung stellt sich heute der Kammer vor, und der Ministerpräsident Verriot wird in dieser Sitzung ihr Programm entwickeln. Das diese Kundgebung, die eine neue Epoche der französischen Politik einleiten soll, allenthalben mit großer Spannung erwartet wird, ist selbstverständlich, und nicht zuletzt wird man auch in Deutschland aufhorchen, um zu erfahren, welche wir uns von dem durch die Sozialisten unterstützten Kabinett der bürgerlichen Linken zu versehen haben. Die Worte Verriots werden zweifellos anders klingen als die, die wir gehört haben, aus dem Munde Boucares zu hören. Aber wir tun auf jeden Fall gut daran, unsere Erwartungen nicht zu überspannen und uns nicht der Illusion hingeben, daß diese Rede uns nun mit einem Schlag alles das bringen werde, was uns der Umsturz, der sich am 11. Mai in Frankreich vollzogen hat, erhoffen ließ. Wahrscheinlich werden wir uns damit abfinden müssen, daß Verriot nur, was die deutsch-französischen Beziehungen anbelangt, auf einige allgemeine Wendungen beschränkt, die den zwei Seiten zur Verständigung beitragen, aber gleichzeitig auch auf gewisse Hindernisse aufmerksam machen, die der Verständigung nicht ohne weiteres abzuräumen sind. Die Stellung von Verriot gegenüber den Beziehungen der beiden Nationen noch im Wert setzen.“

Wir werden wohl insofern zu tiefer Einsicht, was der jetzige Ministerpräsident nach der Zeit in verschiedenen Interventionen und in den letzten Tagen noch einem Vertreter des „Paris“ gegenüber geäußert hat. Seine Worte sind, so laut es ungefähr, werde alles nur, um der neuen demokratischen Demokratie zu helfen, die den Rechten aber und den Nationalisten, die offen und verächtlich, an der Vorbereitung eines Revolutionskrieges arbeiteten, werde sie mit aller Härte entgegenstellen. Von der Kammer re. Rückgefangenen und von der Kammer re. Verurteilten wird wohl ebenfalls geäußert werden wie von den Terminen oder den Terminen der Abstimmung des Kabinetts, und das sein öfters Ministerium mag sich dabei darauf berufen, daß Deutschland bisher nur grundsätzlich dem Verzicht der Sachverständigen zugestimmt hat, die entscheidend über den Aufnahmestadium aber bisher noch nicht verabschiedet worden sind. Es wird Entschlossenheit erklären wollen, wenn in diesem Punkte, und auch in der Frage der Militärkontingente, volle Klarheit geschaffen ist.“

Das müssen wir begreifen, und wenn wir trotzdem die Erwartung hegen und den Wunsch äußern, daß das Kabinett Verriot auch schon vor diesem Zeitpunkt deutlich erkennbare Schritte tat, den Kulturkampf mit all seinen Folgerungen zu liquidieren, so deshalb, weil und diese Bedeutung in der Richtung der Gedankengänge des französischen Ministerpräsidenten selbst zu liegen scheint. Er will die Verständigung mit der deutschen Demokratie und der deutschen Republik. Aber eine der wichtigsten Voraussetzungen für das Leben der deutschen Demokratie ist eben, daß ein Deutschland, das auch sie als Unrecht empfindet, sobald als möglich aus der Welt geschafft wird. Man wird auch darüber nicht um die Tatsache herumkommen können, daß die große Mehrheit derer, die in den vergangenen Jahren in der Verleumdung lebten, die Schicksal erlitten haben vorgang Handlungen, zu denen sie sich als Angehörige des deutschen Staates verpflichtet glaubten. Sie haben im Abwehrkampf gegen ein Unternehmen geendet, das, nach ihrer Überzeugung, weder

Durch den Friedensvertrag gestiftet wurde, noch eine ständige Verechtigung beizubehalten, und außerdem weiß jeder vernünftige Mensch, daß eine militärische Befehlsstellung wie die des Aufgebots zu Konflikten führen muß, deren Opfer nicht einfach als Verbrecher anzupreisen sind.

Würde sich Frankreich dieser Erkenntnis verschließen, so würde es die Stellung der deutschen Demokratie erschweren, ohne dadurch seiner eigenen Sicherheit einen Dienst zu erweisen. Die Gefangenen und Ausgewiesenen sind heute ein starkes Propagandamittel des Nationalismus. Wenn Frankreichs Sicherheit überhaupt in absehbarer Zeit durch Deutschland bedroht werden könnte, so wäre die Gefahr um so größer, je länger es mit jenen Wesen säumt, die ihre günstige Wirkung nur ausüben können, wenn sie bald geschehen.

Wir haben eine Regierung, an der die Nationalisten nicht beteiligt sind und die, wie die Abstinenz über das Vertrauensvotum der letzten hat, in ihrer auswärtigen Politik auf die Stimmen der Sozialdemokratie angewiesen ist. Daß ihr Fundament einseitig nicht allzu fest ist, weiß alle Welt. Sie kann nur gestützt werden, wenn sie auch auf gewisse außenpolitische Erfolge zu verweisen vermag und damit den Nationalisten den Mund stopft, die dem Volke versichern, daß das Kabinett Marx sich, durch Mangel an Energie, die Vorteile verscherte, die einem demokratischen Ministerium ohne weiteres zugefallen wären. Daß solche Behauptungen unrichtig sind, weiß jeder, der zu denken gelernt hat, aber leider befindet sich das deutsche Volk in einem Zustand, der es für vernünftige Argumente nicht immer leicht zugänglich macht, und auch diesem Umstand sollte in Paris Rechnung getragen werden.

Gerade weil wir Sozialdemokraten die Verbindung mit Frankreich ehrlich wollen, weisen wir auf diese Dinge hin. Wir werden es in dem Kampf gegen den deutschen Nationalismus an Entschlossenheit nicht fehlen lassen. Wir werden tun, was in unseren Kräften steht, um den berechtigten Ansprüchen Frankreichs und der Entente Geltung verschaffen zu helfen, aber man wird uns in Frankreich verstehen, wenn wir sagen, daß, nachdem der Nationalismus der beiden Länder sich solange gegenseitig gefördert hat, jetzt die Stunde gekommen ist, wo die Demokratien einander in die Hand arbeiten müssen.

Hilfe für die Ausgewiesenen. Sozialdemokratischer Antrag.

Berlin, 17. Juni.
Die Sozialdemokratische Fraktion hat im Reichstag den Antrag eingebracht, unverzüglich einen parlamentarischen Ausschuß einzusetzen, der 1. die Maßnahmen für die Betreuung der aus dem besetzten Gebiet Ausgewiesenen bzgl. der Befreiung nachprüft und auch die berechtigten Forderungen der nichtbeamteten Ausgewiesenen und Gefangenen prüft; 2. Maßnahmen für die wirtschaftliche Sicherstellung der in die Heimat zurückkehrenden Ausgewiesenen oder entlassenen Gefangenen vorschlägt, sofern diese durch die Ausweisung ihre Einkünfte verloren oder eingebüßt haben; 3. Maßnahmen vorschlägt zur schleunigen Beschaffung von Wohnungen und Einrichtung für die Ausgewiesenen oder Gefangenen, die durch Ausweisung, Verdrängung oder Gefangenahme ihre Behausung und deren Einrichtung verloren haben.

Sieg der Idee über das Schwert.

Von Emil Jannasch.
Das Grab, in dem der unbekannte Soldat am 11. November in Paris unter dem Arc de Triomphe seine letzte Ruhe fand, ist zu einer Wallfahrtsstätte des Friedens für Frankreichs Volk geworden. Dem etwas die Wandlung des menschlichen Geistes von der Kriegsdramatik mit ihrem schrecklichen Aufwand und hohem Geiste zur tiefen Verzensuchung nach dem „Friede auf Erden“ charakterisieren kann, so sind es die beiden Symbole, die Frankreich hier verkörpern.
Der Arc de Triomphe, errichtet zum Andenken an den gewaltigen Napoleon, an eine Zeit, da der Glaube an den Krieg noch weithin in Mähte stand — und darunter, zur Erinnerung an die Melancholie, das schlichte Grab des unbekannten Soldaten Frankreichs!
Als einziger Schmuck dient, zu Füßen des Grabes, eine ewige Flamme, die dieser Tage mit einem Stille umgeben worden ist, das aus erlöseten Kanonen geschmiedet ward.
Seit November ist das Grab eine Stätte der Andacht für tausende von Müttern, Gattinnen, Vätern und Schweftern geworden, die hier, in Erinnerung an ihre Toten des Weltkrieges, ein Gebet verrichten. Jede von ihnen kann sich sagen: Ich lebe! Ich bin dein Sohn, dein Gatte, dein Geliebter, dein Bruder, der hier ruht! Ob dieser Toten kein Leben hingab (das Vaterland, für den Gedanken des Rechts, für die Idee des Friedens) — gleichviel: alle, die hier ruhen, einigen sich in der Überzeugung, daß es keine große Tat, keine große Tugend gibt ohne Opfer! Die ewige Flamme zu Füßen des Grabes ist das Symbol dieses Opfergebendes: sich hingeben, indem man das heilige Feuer des Opfers in der Seele entzündet, in der Seele, deren Unsterblichkeit auch wieder in der Flamme zum Ausdruck kommt. Die ewige Flamme mahnt aber auch alle Lebendigen, daß man die heilige Sache des Friedens täglich neu erneuern muß. Der Glaube Frankreichs, der

Sozialdemokratie und Staat.

Vom Reichsbeamtenrat der S. P. D.

Berlin, 16. Juni.
Als zweite Sonderveranstaltung schloß sich an den Parteitag ein Reichsbeamtentag der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands. Im Namen des Parteivorstandes begrüßte Dr. Adolf Braun die Reichsbeamten, dann erhielt das Wort zu einem Referat über „Die Partei und der Staat“

Reichstagsabgeordneter Hermann Müller:

Nicht nur die deutsche Sozialdemokratie hat, als republikanische Bewegung, eine Parte Oppositionsstellung zum alten Staat eingenommen, auch die sozialistischen Parteien der meisten anderen Länder, die meist Monarchien waren, standen in Opposition zum Staat. Die dritte französische Republik, ebenfalls ein Kriegskind wie die deutsche, hatte sich zunächst auch mühsam abgefunden mit den monarchistischen Gegenströmungen, deren Exponent Mac Mahon erst Ende der sechziger Jahre vertrieben werden konnte.

Der Charakter des Massenstaats

Der Charakter des Massenstaats hat sich bis zum Krieges Ende am besten durch das Dreiklassenwahlrecht in Preußen manifestiert. Aber die Budgetbewilligung am 1. August 1911 war nicht ein Stützpunkt über Marx, wie es Lassalle's Diktator Cuden hinstellt, sondern ausschlaggebend war die Auffassung Webers, der, nicht allzu lange vor seinem Tode, in der Budgetkommission erklärt hatte, daß es, wenn es zum Krieg käme, um nicht mehr und nicht weniger als um Sein und Nichtsein Deutschlands ginge. Die Entscheidung über die Demokratisierung Deutschlands fiel bei Lassalle, wo unsere Feinde der Durchbruch gelang und die Vorkämpfer davorhin schickten. Da begriff man, daß eine Wendung kam und betraf den Prinzen Max, der jedoch nur eine parlamentarische Regierung mit Einschluss der Sozialdemokraten bilden wollte. Neunzehn waren eine Unmöglichkeit, aber es mußte gehandelt werden. Obwohl wir uns sagten, daß wir in den

Konturs des Reiches

hineingezogen werden, war die Verantwortung doch so groß, daß wir die Teilnahme an der Regierung beschlossen und Scheidemann, der absolut nicht wollte, Bauer und David einführten. Die Revolution war kein elementarer Aufbruch der Massen, sondern zunächst der Zusammenbruch des militärischen Schenkens. Die Revolution fiel zusammen mit der schwersten militärischen Niederlage, die je ein Volk erlitten hat.

Mein Hauptanliegen betraf, hatten wir in Deutschland bis zu den Wahlen zur Nationalversammlung eine Diktatur des Proletariats. Einzig wird anerkannt werden, daß die Sozialdemokratie es damals verstanden hat, das Abgleiten der deutschen Verhältnisse in den Bolschewismus zu verhindern und ihren demokratischen und sozialistischen Grundgedanken den Boden zu erhalten. Ausländische Kreise, vor allem die französischen Militärs, hätten in jener Zeit bolschewistische Experimente in Deutschland nicht unternommen. Daß es trotz allem gelungen ist, am 11. August 1919 die Verfassung unter Tode und Tod zu bringen, wird als eines der

größten Verdienste der Sozialdemokratie

für alle Zeiten gebührt werden. Diese Verfassung gibt dem Volke alle Macht, wenn das Volk sie ausübt. Darauf spekulieren aber auch die Gegner des heutigen Staates, die mit dieser Verfassung der Republik zu Leibe gehen wollen.

Wie hat sich die Sozialdemokratie zu diesem neuen Staat zu stellen? Trotzdem er, ökonomisch betrachtet, ein Klassenstaat ist, müssen wir diesem Staat, den wir mitgeschaffen haben, und dem uns ein Feld für die Durchsetzung unserer Ziele ist, anders gegenüberstehen als der alten Monarchie. Schon Engels hat die Republik als den Kampf für die Durchsetzung unserer Ziele bezeichnet. Zur Verteidigung dieses Staates sind wir vorläufig auf die Verfassungsparteien neben uns angewiesen. Für die Erhaltung des Staates, den wir in Weimar geschaffen haben, ist die Demokratisierung der Verwaltung

die wichtigste Voraussetzung. Gewiß glaubt die Partei nicht, daß die Eroberung der Macht mit Minister-Parasiten beginnt. Aber von Bedeutung ist doch die Befreiung der führenden Stellen, denn ein großer Teil des Beamtenstandes wird, wenn eine richtige Führung vorhanden ist, die Annahmen der Führung auch loyal ausführen. Nichts ist bezeichnender, als daß Dergal bei der jüngsten Regierungsbildung in den fünf größten deutschen Ländern, also vor allem in Preußen und Sachsen, aber auch in Baden eine homogene Regierung, d. h. eine sozialistische Regierung gefordert hat.

Wir müssen unsere ganze Macht dahin ausrichten, daß die Diener des Staates auf dem Boden der Staatsverfassung stehen. Verhindert muß werden, daß die Republik aufhört, Volksrepublik zu werden, daß sie zur

Volksrepublik

wird. Die Monarchie in England und Frankreich ist geeignet, die demokratischen Kräfte in Deutschland zu häuten. Die demokratische Republik ist nur möglich, wenn es der Sozialdemokratischen Partei gelingt, den Staat mit ihren Idealen zu durchdringen, aus ihm den Volksstaat zu machen, den wir alle wünschen, den vor allem aber auch die Beamten zu wünschen haben.“ (Beifall)

Den Ausführungen Hermann Müllers folgte ein Referat

Geheimrat Dr. Wieprecht

Die Beamtenpolitik der Sozialdemokratie. Entweder muß die Beamtenschaft politisch neutral sein und der jeweils regierenden Partei ihre Kenntnisse zur Verfügung stellen, wie das in Frankreich und England der Fall ist, oder die Beamtenschaft muß politisch auf dem Boden der Verfassung und der verfassungstreuen Parteien stehen. Der Beamte, der, mit seinem Isten, wenn auch kümmerlichen Gehalt eine Existenz hat, und den die Existenzfrage daher nicht so beschäftigt wie den Arbeiter, kommt nicht aus materiellen Interessen, sondern vielmehr aus innerem Drange zu unserer Partei. Dabei wurde die Mentalität eines Teiles der Beamten allen Schlägen verkannt. Der Redner befragt dann die Übermacht der reaktionären Bürokratie und die

Verfolgung republikanischer und sozialistischer Beamten.

Ge weiß auf folgendem Verhältnisse hin, die die republikanisch-demokratischen Parteien des Reichstages begangen haben und empfiehlt eine partei Aktion der Partei bei der kommenden Befreiungsreform mit dem Ziel anstrengender Befreiung der unteren Klassen, starke Beringerung der Klassen überhaupt und Frauen- und Altersfragen, die nicht mehr, wie heute, lächerlich sein dürfen. Das Beamtensprogramm der Partei werde, bei genügender Vorbereitung, partei Werkkraft entfalten. (Beifall.) Es folgt dann eine allgemeine Aussprache.

Anschluß Thüringens an Preußen?

München, 16. Juni.

Der parteiunabhängige „Sächsische Kurier“ macht durch eine eigene Meldung aus Weimar über einen bevorstehenden Anschluß Thüringens an Preußen lebhaftest Agitation für diesen Gedanken. In wieweit Kreise Thüringens auch der Gedanke eines Anschlusses Thüringens an Preußen immer größeres Interesse an. Bei sei die Hauptaufgabe des jetzigen Landtages, dieses Problem in die Mittelwelt umzusetzen. In rechtlicher Hinsicht geht man sich nicht dem geringsten Zweifel darüber hin, daß ein Volksentscheid mit einer gewaltigen Stimmenmehrheit zugunsten eines Anschlusses Thüringens an Preußen in Form einer praktischen Verbindung Thüringens ausfallen würde.

Zunächst hat, wie der S. P. D. hierzu erzählt, die Frage eines Anschlusses des Landes Thüringens an Preußen bereits in den letzten Tagen zu Verhandlungen innerhalb einzelner Landtagsfraktionen geführt. Der Propaganda für den Anschluß liegen zunächst finanzielle Schwierigkeiten des Landes Thüringens zugrunde. Ob der Anschluß jemals vollzogen wird, ist, trotz den Sympathien, die er in allen Parteilagern findet, vorläufig noch zweifelhaft.

Deutschlands Teilnahme an der Kolonialwirtschaft.

Anfragen Dr. Schacht.

Berlin, 16. Juni.
Das Interview, das der Reichsbankpräsident vor einigen Tagen zwei amerikanischen Blättern gab, und in dem er seine Ansichten zur Kolonialfrage entwickelte, hat im Ausland vielfach zu Kommentaren geführt, in denen ein „Wiedererwachen des deutschen Kolonialimperialismus“ festgestellt wurde. Dr. Schacht hat seine damals gemachten Äußerungen nunmehr gegenüber einem Vertreter der „Wall Street Journal“ erläutert und dabei u. a. ausgeführt:

Ich stehe auf dem Standpunkt, daß eine gewisse Wiederzulassung Deutschlands zur Kolonialpolitik allerdings ein Lebenserfordernis für uns ist, aber darüber hinaus mindestens in gleichem Maße ein Erfordernis für die wirtschaftliche Zusammenarbeit aller Großmächte, für die dauernde Befriedung und für die Durchführung der von uns übernommenen Verpflichtungen. Diese Frage muß aus der Notwendigkeit heraus angefaßt werden, daß

Glaube der Gläubigen und der Ungläubigen, er neigt sich vor dieser Erkenntnis.

Der Wächter des Arc de Triomphe ist Hüter der Flamme an diesem „heiligen Grab“.

Jeden Abend, wenn die Sonne sinkt, ruht eine Gruppe von Kriegsteilnehmern, um in stiller Andacht einige Minuten bei dem toten Kameraden zu verweilen.

Wie viel Ergreifendes liegt in dieser stummen Ehrenwache!

Die Vereinigungen der Kriegsteilnehmer hatten sich bei der Einweihung des Grabes diese Ehrengabe erbitten. Man beweihe sie, daß sich genügend Teilnehmer finden würden, um den Kultus anrechtserhalten zu können. Aber es hat sich gezeigt, daß die Verbände, die sich zur Ehrenwache melden, weit zahlreicher sind als es Tage im Jahre gibt.

So ist das Grab zu einer Stätte des schönsten Kultus wahrer Menschlichkeit geworden. Kein Kriegsgedanke, kein Eroberungskultus, wie er sich in dem gewaltigen Arc de Triomphe ausdrückt, wird an diesem Grab gepflegt. Nur vor dem schlichten Manne, der aufstand, um sein Vaterland zu schützen, beugt sich hier in Ehrfurcht das französische Volk. Dieser Kultus wird fortgeleitet, auch wenn die, die ihn einführen, längst dahin sein werden, denn er ist der tiefste Ausdruck der Volkseele.

Der unbekannte Soldat hat durch sein Grab den Sieg errungen über alle „Wolke“ des großen Napoleon. Indem das Grab dieses unbekannten Kriegshelden zur Wallfahrtsstätte des französischen Volkes ward, ist der Krieggeist entlehnt, zu dessen Ehre ein der Arc de Triomphe errichtet wurde.

So wird das Wort, das Napoleon prophetisch auf St. Helena sprach, nach über hundert Jahren an dieser historischen Stätte, die einst ihm geweiht wurde, zu Wahrheit:

Es gibt zwei Gewalten, die die Welt regieren: Das Schwert und den Gebanten — aber auf die Dauer ist es

Reis der Gedanke gewesen, der das Schwert überwinden hat.

Tanzfest in einer Dase.

Von F. A. Benndorf.

Ein arabischer Heiliger, ein Araber, hatte, auf der Wanderreise nach Mekka, in der Dase Wädi, nämlich des Atlas, Aufenthalt genommen, und zu seinen Ehren fand in der Hauptmoschee, die auf einem Sandhügel in der Mitte des Drees liegt, ein Fest statt, das mehrere Tage fast ununterbrochen andauerte.

In einem kalten steinernen Abend besuchte ich die amnliche, schwach glühende Moschee. Vor ihrem Eingang, um ein Holzfeuer, waren junge Araber versammelt. Der wie Schein der Flamme tauchte auf ihren braunen Gesichtern; sie wärmten sich die Hände, um die Finger für das Tamburin locker zu halten, das sie abwechselnd schlugen sollten, aus dem dumpfer Schall, mit rhythmischen Vermischungen, aus dem Jansen des Heiligens heroordrang. Als ich eintrat, fand ich mich in einem kalten Raum mit ganz gewöhnlichen Wänden und Deckenbalken, die nur zwei Kerzen mit einem weichen, sandbraunen Dämmerlicht erfüllten. Auf dem Boden saß das Volk, meist Frauen und Kinder, eng beieinander, und auch in den Nebenkammern hockten und lagen sie in ihren einfärbigen Gewändern: es war wie ein Lagerplatz von Wesen, die an der Hand, der Araber, ein hagerer Greis mit energisch dreifachem Bart, von einem Geis geformtem Wadenbart umschminkt, Schilf meißelgeschliffen. Vor ihm führte eine Frau, immer auf derselben Stelle verharrend, einen Tanz auf; sie war den Musikanten zugekehrt, die vor ihr an der Wand standen und sie mit den Händen, an der Seite und Schnelligkeit immer zunehmenden Tönen ihrer Instrumente in wachsender Weise versetzten. Die Frau tanzte wie ein wilder Ouled-Nadi, die ich bisher gesehen hatte. Die mannigfaltigen Bewegungen ihrer Handgelenke,

Finger, Beine, Hüfte, Hüften, ihrer Brust und ihres Unterleibs schienen die rhythmische Musik der begleitenden Musik ausgleichen zu sollen.

Die Tänzerin wurde etwa nach einer halben Stunde von einer anderen abgelöst, die dieselbe Andauer bewies und neue Variationen der Tanzbewegungen bot. Es war ein zierliches Kind und hervorzuheben mit unterirdischen Sprüngen und kletternden Fingerbewegungen, und es wirkte nach dem „Allegro appassionato“ der ersten Tänzerin wie ein Rausch, das in diesem Falle freilich selbst kontrastierte mit dem alten zarten Gesicht und den schmutzigen Lippen des Gewandes der Frau. Es war, als ob ein roten-gerippe beiseite und galvanisiert worden wäre und nun langsam kreischend in seiner Grabhalle.

Der Araber hatte die Fremden bemerkt, er erhob sich nach Schluß des Tanzes, grüßte uns mit der Hand zu und drückte seinen Stab daisch auf die Schultern der vor uns stehenden, damit sie durch Niederstehen und besseren Überblick verschafften. Dann setzte er sich wieder, nahm ein kleines Mädchen auf seinen Schoß und stimmte einen Gesang an dem Koran an, in den die Menge reponitorisch einfiel. Oder erzählte in halberm Sington eine Historie und wußte so die Zuhörer bis lange nach Mitternacht in Spannung zu halten.

Auch an den folgenden Tagen ist die Moschee von Menschen umlagert und erfüllt. Fortwährend wechseln die Darbietungen. Ein schwarzbrauner, schuliger Jüngling aus einer Gasse religiöser Götter, ein Araber, tritt auf. Er stellt sich dicht vor die Musiker, schließt ihre betäubenden Klänge wie ein Getöse ein, beugt sich an der nächsten Kraft ihrer Rhythmen. Sein Kopf wiegt hin und her, sein Kampf beugt sich vor- und zurückwärts, liegt sich keifend von links nach rechts; er hüpf, er springt; immer schneller immer leidenschaftlicher; er schleudert die Arme, verdrückt die Augen, winnt mit wilden Grimassen dem Geist der Gottheit hernieder. Er tanzt unabsichtlich, unwillkürlich vor dem gespenstlichen, laub-

Internationaler Beschleunigung nur dann möglich ist, wenn ein 60-Milliarden-Toll die Möglichkeit zu friedlicher Beilegung dauernd gesichert ist. Dr. Schmidt entwickelt sodann das Programm, das die ganze Frage auf eine internationale wirtschaftliche Regelung abteilt und folgende Punkte umfasst:

1. Um Reparationen zu zahlen, muß Deutschland für seine Produktion Markt haben. Ob die allen Weltmächten bereit sind, einen solchen Markt zu diesem Zweck internationalen deutschen Wirtschaft solche Märkte zu gewähren, scheint zum mindesten zweifelhaft. Es behagt also keiner ausnahmsweiser Kolonialgebiete, die in diesem Zweck und in dieser Richtung unter unserer Mitwirkung entwickelt werden müssen.

2. Clemenceau hat seinerzeit das berühmte Wort von den 20 Millionen Deutschen gesprochen, die zubielt sind. Ich hoffe nicht, daß jemand auf der Gegenseite dieses Jubel an deutschen Menschen abschließen will. Ich glaube andererseits nicht, daß die alten Weltmächte im einzelnen geneigt sind, größere deutsche Volkswirtschaften sich anzuschließen. Es bleibt also für den Schicksal deutscher Bevölkerung ein solches Schicksalgebiet übrig, dessen Lösung für Deutsche somit ein weiteres Moment zur Verzögerung der Welt bilden würde.

3. Deutschland muß heute alle seine kolonialen Kolonien in fremder Gewalt bezahlen; wenn es sie zum Teil selbst produzieren könnte, so würde das die Weltwirtschaft erheblich erleichtern und damit zur Verwirklichung der Ziele beitragen, die das Dawes-Gutachten aufstellt.

Dr. Schmidt betont schließlich, daß seine Ausführungen nur eine logische Weiterentwicklung der Gedanken sind, die, in der Richtung auf wirtschaftliche Gemeinshaft arbeiten, in den Sachverständigenausschüssen angesehnen worden sind.

Die „nicht erwiesene“ Drohung. Ein gültiger Staatsanwalt.

Berlin, 16. Juni.
In der „Voss. Zig.“ tritt Georg Bernhardt, als Beweis für die einseitige Einstellung der politischen Justiz in Deutschland, einen Briefwechsel mit, den er wegen einer Bedrohung von deutscher Seite mit der Berliner Staatsanwaltschaft geführt hat.

Der Reichsführer der deutschösterreichischen Studentenbewegung, Hans Lutz, hatte an Bernhardt vor einiger Zeit folgendes Schreiben geschickt:
„Ich habe in der Presse einen „Öffenen Brief an Herrn Bernhardt“ veröffentlicht. Ich bitte Sie, diesen Brief zu lesen, da Sie ein für allemal vor solchen Gemeinheiten unserer Ehrentugenden Exzellenz Lutzendorf gegenüber warnen, andernfalls ich Ihnen den Glauben nehmen muß, daß Sie die deutschösterreichische Studentenbewegung in Zukunft mit dieser Form der Zurechtweisung begnügen muß.“

Dieser Brief, dessen Tendenz eindeutig genug ist, wurde der politischen Polizei übergeben, die ein Ermittlungsverfahren wegen Bedrohung und Verleumdung einleitete und die Akten an die Staatsanwaltschaft übergab. Der Generalstaatsanwalt beim Landgericht Berlin I entschied sich nach etwa sechs Wochen dahin:

„Der Beschuldigte befreit, Sie mit einem Verbrechen oder Vergehen, insbesondere mit irgendwelchen Gewalttätigkeiten bedroht zu haben und gibt an, er habe nur, für den Fall weiterer Angriffe auf Lutzendorf, gegen Sie und Ihre Politik in ähnlichen Zeitungsartikeln Stellung nehmen wollen. Dieser Auslassung steht die unklare und allgemeine Fassung des beanstandeten Briefes nicht entgegen. Ein Vergehen der beschuldigten nicht mit hinreichender Sicherheit nachweisen.“

Georg Bernhardt erhob gegen diesen Beschluß Beschwerde mit der Begründung, es sei selbstverständlich, daß der Beschuldigte die Androhung eines Vergehens oder Verbrechens abfreite, weil er zu feige sei, für seine Handlung einzustehen; fernerhin sei aber, daß die Staatsanwaltschaft seine Auskünfte als geschäftsfertig betrachte. Es könne keine Rede davon sein, daß Lutz bedroht habe, mit weiteren Artikeln gegen Bernhardt vorzugehen, da er ja bereit sei, einen veröffentlichten Brief zu widerrufen und zu erklären, daß sich die politische Studentenbewegung in Zukunft „mit dieser Form der Zurechtweisung nicht begnügen werde“. Der Generalstaatsanwalt beim Landgericht hat diese Beschwerde abgewiesen mit folgender Begründung:

„Die von dem Beschuldigten gemachte Behauptung läßt nicht den zwingenden Schluß zu, daß er sie mit einem Vergehen oder Verbrechen bedrohen wollte oder daß er damit gerechnet hat, daß Sie die Androhung als eine solche Bedrohung auffassen würden.“

Die „Voss. Zig.“ bemerkt zu dem Briefwechsel, wenn ein Kommunist einen so deutlichen Brief

geschrieben hätte, würde die Staatsanwaltschaft die Bestimmung des Briefschreibers wahrscheinlich als eine weniger naive beurteilt haben.

Aufhebung der Ausreiseverordnung.

Berlin, 16. Juni.
Das Reichskabinett hat in seiner heutigen Sitzung beschlossen, dem Reichspräsidenten die Aufhebung der Ausreiseverordnung von 500 Goldmark zu empfehlen. Der Reichspräsident hat sich einverstanden erklärt. Der Erlass einer entsprechenden Verordnung steht bevor.

Das Reichskabinett ging bei seiner Maßnahme davon aus, daß die Gründe, die seinerzeit zur Einführung der Verordnung geführt hatten, namentlich die besonders bedrohliche Lage der Währung, zurzeit im gleichen Maße nicht mehr bestehen. Die Verordnung ist aber als unermessliche Notmaßnahme ihre Schuldigkeit getan. Sie hat beinahe bewirkt, daß der Silberverkauf nach dem Süden, der sonst unerschrocken und nach der Zeit im Frühjahr reichlich, besonders für die Exporteure gewesen wäre, abgeklippt worden ist. Hunderte von Millionen, die im Ausland zu Vergnügungszwecken ausgegeben worden wären, sind dadurch im Inlande zurückgehalten worden und der gesamten Wirtschaft erhalten geblieben. Nachdem die Lage der Währung die Aufrechterhaltung einer so einschneidenden Maßnahme nicht mehr zwingend erfordert, kann nunmehr die Aufhebung der Verordnung erfolgen. Dies entspricht der sofort bei Erlass der Verordnung

Zur Verlängerung der Wienverträge.

Berlin, 16. Juni.
Von halbamtlicher Seite werden nunmehr die Vorgänge, die schließlich zu der ganz kurzfristigen Verlängerung der Wienverträge führten, dargestellt. Aus ihnen ist ersichtlich, daß die deutsche Regierung von vornherein unmittelbare Verhandlungen von Regierung zu Regierung erstrebte und für diese Verhandlungen auch in Paris und Brüssel Verbindlichkeiten fand. Nur dem Umstande, daß in Paris kein aktionsfähiges Kabinett vorhanden war, ist die 14tägige Verlängerung zuzuschreiben, um für neue unmittelbare Verhandlungen Zeit zu gewinnen. Die Wienverträge, die ursprünglich eine Verlängerung bis zur Regelung der Reparationsfrage verlangte, hat anerkannt, daß gegenüber der früheren Lage eine Verschärfung der wirtschaftlichen Lage im Ruhrgebiet vorliegt und hat deswegen zugestimmt, daß nach dem 15. Juni eintretende Verabreichungen der Rente, Kohlensteuer und anderer Geldgaben vom 16. Juni ab rückwirkend Kraft erhalten sollen. Aufgabe der deutschen Regierung wird es nunmehr sein, sich sofort mit den Regierungen in Paris und Brüssel im Benehmen zu setzen, um eine Grundlage zu suchen, die für beide Teile erträglich ist.

Freilassung der vom französischen Kriegsgericht verurteilten Eisenbahner.

Mainz, 16. Juni.
Ein Teil der im Mainzer Eisenbahnerprozess vom 7. Mai 1923 verurteilten deutschen Eisenbahner ist aus der Haft entlassen worden. Die Freigelassenen hatten seinerzeit vom französischen Kriegsgericht Freiheitsstrafen bis zu 7 Jahren erhalten.

Eine Geldentat von Geheimbündlern. Auf die Schienen gebunden.

Dortmund, 16. Juni.
Als Sanktion für einen Überfall auf einen französischen Kriminalbeamten wurde die Strecke Dortmund-Dünen für den Personerverkehr gesperrt. Es verkehren nur noch ein Arbeiterzug morgens und abends. Die französische Besatzungsbehörde gibt folgende Darstellung des Sachverhalts: Fünf Mitglieder einer nationalistischen Geheimorganisation überfielen den französischen Polizeikommissar Rancy in der Tunnelstation. Rancy wurde gehindert und quer auf die Schienen der Eisenbahn zwischen Dortmund und Dünen festgebunden. Nachdem sich die Geheimbündler entfernt hatten, gelang es Rancy, sich so weit frei zu machen, daß er zwischen den Schienen liegen konnte. Hierdurch blieb er durch einen über ihn fahrenden D-Zug unverletzt. Am frühen Morgen wurde Rancy in bewußtlosem Zustande durch deutsche Arbeiter aufgefunden. Seine Angreifer hatten in dem Rod ihres Pfluges einen Brief mit dem Stempel der Geheimorganisation „Wesfalen-Traubund“ gelassen.

Der englisch-merikanische Konflikt.

Die blockierte britische Gesandtschaft. MacDonald über den Zwischenfall.

London, 16. Juni.
Reuter meldet zu der Angelegenheit des britischen Vertreters in Mexiko: Auf das Ersuchen der mexikanischen Regierung, Cummins abzuberufen, sei von der britischen Regierung geantwortet worden, daß Sir Thomas Holter bald in Mexiko eintreffen werde. MacDonald werde der britische Vertreter abziehen. Die mexikanische Regierung habe darauf vorgeschlagen, daß die britische Regierung gewisse Mitteilungen, die sie durch Cummins gemacht worden wären, deklassifizieren möchte. Die britische Regierung sei aber auf die Seite ihres Vertreters getreten, was die mexikanische Regierung als Verleumdung ihrer Würde betrachte. Sir Holter habe London noch nicht verlassen. — Daily Express berichtet aus Mexiko, daß 18 Männer, darunter Polizeibeamten, die britische Gesandtschaft seit Sonnabend umzingelt halten in der Absicht, den britischen Vertreter Cummins, dessen Anwesenheit als Bedrohung für die mexikanische Regierung betrachtet wird, zu verhaften. Cummins verweigert die Freilassung der Gesandtschaft und die Freilassung der Blockade. Cummins verweigert aber über reichliche Lebensmittel und sei auf eine Belagerung eingestellt. Auswärtige Diplomaten suchen in Verhandlungen mit dem zuständigen Komitee, eine Lösung des Konflikts zu finden.

London, 16. Juni.
Macdonald sagte im Unterhaus in einer längeren Erklärung über die Meinungen zwischen der britischen und der mexikanischen Regierung, es sei ihm mitgeteilt worden, daß, wenn der britische Vertreter nicht zurückgezogen würde, er am 19. Juli ausgewiesen werde. Die britische Regierung sehe dieses Vorgehen der mexikanischen Regierung als einen ersten Schritt gegen die internationalen Verpflichtungen an. Er habe der mexikanischen Regierung mitgeteilt, daß, wenn sie gegen Cummins Schritte unternähme, denen die britische Regierung nicht zustimme, die ursprünglich beschlossene Sondermission unterbleiben werde.

Die Ueberreichung der amerikanischen Antwort auf die japanische Protestnote.

Washington, 17. Juni.
Staatssekretär Hughes überreichte gestern dem japanischen Botschafter Hamahara die amerikanische Antwort auf die japanische Protestnote gegen das neue amerikanische Einwanderungsgesetz. Die amerikanische Antwort wird in der amerikanischen und japanischen Presse vom 19. Juni veröffentlicht werden.

grauen Licht, das die beiden Kassen in dem weißgeputzten Raum verbreiten. Seine Züge verstrahlen sich; sein Gesicht glänzt feucht; man trocknet ihm den austretenden Schweiß ab; er tanzt weiter, raßt das Tuch mit den Händen; man besetzt ihn vom Übergang, er tanzt unermüdet weiter; man widert ihm den Turban vom Kopf ab, die langen, rötlich-schwarzen Haare werden frei, wippen auf und nieder, die gewölbte Stirn, die gebogene Nase, der japanische Mund zeichnen sich scharf im Profil ab. Die Dämmerung seiner Tanzzeit wächert; er vergrößert den Kreislaut; in verzogenem Tempo springen die Beine, schwingen Kopf und Kumpf tief vor und weit hintenüber, immerfort, immerfort. Die Tanzmusik löst sich ab, die Menge spornet sie an, mit Gebärden der Ungeduld, mit Zurufen; die Spieler halten beide Arme hoch, ungerührt, sie sind an ihrem Rhythmus, tanzt und tanzt sich immer weiter hinein in seinen wahnwitzigen Zauber, empfindet von allen Unholden seines Kults. Heisere Rufe erklingen sich seiner Stelle, er wackelt, gurgelt und stößt zwischen den Säulen hervor, er ist in orgiastischem Rausch, ist eins mit seinem Gott. Die Menge, in dumpfen Gewahren, starrt von allen Seiten auf ihn hin, — er tanzt ohne Unterlaß, — er raßt! Da bricht die Musik ab; Stille füllt ein in den Raum; in der Mitte steht unverändert die hohe, weiße Gestalt eines Knospenden und hält den ohnmächtig umgefallenen mit aller Kraft in den Armen. Sein Leib zuckt wie in Todeskrämpfen, seine Augen sind geschlossen, sein Mund schäumt hin und her, und die langen schwarzen Haare fliegen schwebend.

Man legte ihn im Nebenraum zur Ruhe.

Deutschlands Zukunft. Ein Vortrag Prof. Luidde.

In einer gemeinsamen Versammlung der Reichsverbände sprach gestern Prof. Dr. Luidde

(München), der geschäftsführende Vorsitzende der Deutschen Friedensgesellschaft, über „Deutschlands Zukunft“. Der erste und letzte Eindruck, den man von dem beweglichen alten Herrn mit dem weißen Schifferbart und dem niederdeutschen „a“ empfängt, ist der einer ungewöhnlichen Weisheit darüber, daß man in München diesen feinsinnigen, in jedem Sinne gemäßigten Mann wirklich und wahrhaftig als „Staatsverrat“ verhaften konnte. Luidde ist ein durch aus nüchternen Politiker von zweifellos nationaler Gesinnung, und wenn man an seiner europäischen Einstellung zur Außenpolitik etwas auszusagen fände, so wäre es höchstens: daß sie noch zu wenig europäisch ist. (Luidde verließ war in seinem Vortrag übrigens auch die orientative Ableitung seines politischen Standpunkts von dem der — konsequenteren — „Menschheits“-Gruppe.)

Zwischen der extremistischen Gefahr von rechts und links, so sagt Luidde aus, suche Deutschland heute seinen Weg. Er sieht eine gewisse (wennigstens zeitweilige) Interessensolidarität zwischen dem Rechts- und Linksbolschewismus; erst nach Freilassung des Umsturzes würde ihr Gegensatz zum Ausdruck gelangen. Sehr treffend legt er dar, daß die militärische Sicherung im deutschen Reichsmund, wie sie in den Geheimorganisations und in den verschiedenen Rundgedungen hochkonzentrierten Stills (Galleh zum Ausdruck kommt, lediglich eine Gefahr nach innen hin und unter gar keinen Umständen eine Gefahr nach außen hin darstelle; der Gedanke, mit dem vorhandenen Material einen Revanchekrieg führen zu wollen, sei einfach absurd.

Für Deutschland gebe es zur Zeit nur eine mögliche Politik: Annahme des Sachverständigenrats. Nur so werde es möglich sein, den bevorstehenden Auslandskredit (im moralischen und im finanziellen Sinne) wiederzugewinnen. Man optimistisch könne man aber, selbst bei Annahme des Sachverständigenrats, die nächste Zukunft nicht beschreiben. Die interpolitische Bedeutung des An-

schlusses in Frankreich dürfe man nicht überschätzen. Herr Luidde werde in der Reparationsfrage, mit Rücksicht auf seine eigene innerpolitische Situation, vermutlich nicht viel anders handeln können als Poincaré; und vom neuen französischen Kriegsdirektor Rollet behaupte man zwar, daß er „Laika“ sei; aber deshalb werde er voraussichtlich in der Frage der Entlastung Deutschlands unangenehm sein. An dem Zusammenhang zwischen MacDonald und Herr Luidde sei nicht zu zweifeln. So ergebe sich für Deutschland nur ein einziger Weg zur Befriedung und Konfliktlösung der Welt: die Annahme des Sachverständigenrats und Eintritt in den Völkerbund.

Luidde schloß mit einem Appell zur Befriedung der politischen Organisation, die zwar seit dem Kriegende ein festes Aussehen zu gewinnen habe (die Zahl der Mitglieder von etwa 6000 auf 20 000), die aber — zumal in Sachen — immer noch fast unbrauchbar wäre.

Der fünfte Volksbühnenstag findet vom 20. bis 22. Juni in Hildesheim statt. Am ersten Tag wird der Geschäftsbericht über die Volksbühnenbewegung 1923/24 von Dr. Marie Perle gehalten, und ebenfalls findet eine öffentliche Begrüßung statt, bei der Reichsanwalt Redlob und Intendant Lehner Ansprachen halten. Die beiden folgenden Tage sind mit Vorträgen angefüllt, unter denen die Vorträge „Die geistigen Ziele der Volksbühnenbewegung“ von Julius Bab und „Moderne Regie und modernes Bühnenbild“ vom Direktor der Volksbühne Fritz Holl hervorgehoben seien.

Wissenschaftliche Nachrichten. Dem Präsidenten beim Reichsamt für Darstellende Gewerbe an der Technischen Hochschule zu Dresden, Dr. rer. techn. Bernhard Schilling, ist die Deputationsreise für Reichsamt in der Mathematisch-naturwissenschaftlichen Abteilung erteilt worden.

Staltpersonenversammlung. Die nächste Führung findet Donnerstag, 19. Juni, 3 Uhr nachm. statt und wird, in der Sammlung der Abgüsse, die archaische Skulptur des 6. Jahrbüchters in Ehr. umfassen.

Schweizerische Gesellschaften. Opernhaus, Zürich, 16. Juni. Die Wiederholung von „Lilla“ am 17. Juni. Die Wiederholung von „Lilla“ am 17. Juni. Die Wiederholung von „Lilla“ am 17. Juni.

General-Theater. In der Revue „Wien als ich“ wird aus dem Jahr 1914 ein Bild gezeichnet. Die Revue wird am 17. Juni im General-Theater gegeben.

Kaiserlicher Theater. Infolge der ungenügenden Ausstattung am vergangenen Sonntag und Montag haben die Aufführungen „Der Kaiser“ am Sonntag 7 Uhr statt, am Montag 7 Uhr.

Der Wanderversand. Im Juni-Domestich läßt Dr. Otto Wastel über die französische Revolution im Jahre 1794, Direktor Dr. Walter G. Baumgarten über die Geschichte der Revolutionen, und der Vortrag von Dr. Wastel über die Revolutionen im Jahre 1794.

Die Wanderversand. Im Juni-Domestich läßt Dr. Otto Wastel über die französische Revolution im Jahre 1794, Direktor Dr. Walter G. Baumgarten über die Geschichte der Revolutionen, und der Vortrag von Dr. Wastel über die Revolutionen im Jahre 1794.

Berufsschulen, die Errichtung eines besonderen Landesberufsschulamtes und von selbständigen Berufsschulräten.

Als Themen für die nächste Hauptversammlung, die im Herbst 1925 in Meißen stattfinden soll, wurden bestimmt: „Berufserziehung in Volkserziehung“ und „Die Berufsschule“.

Hauptversammlung des Sächsischen Landesverbandes Gabelberger.

Vom 11. bis 16. Juni fand in Lobau die 81. Hauptversammlung des Sächsischen Landesverbandes Gabelberger statt. Für alle Bereiche waren nicht nur durch ihre Delegierten, sondern auch durch zahlreiche Mitglieder vertreten. 360 Personen beteiligten sich an dem Verbandstreffen.

eine Wochenstunde darauf verwendet werden; 3. auf dem Reisezeugnis sind die Stenographiezeugnisse zu erheben, außerdem ist die erreichte Fertigkeit nach Sätzen zu beschreiben; 4. der Unterricht in Stenographie muß an Handbüchern ausschließlich von staatlich geprüften Lehrern der Stenographie erteilt werden“ fanden einstimmige Annahme.

Blauen. Als Jagdsteuer ist die Amtshauptmannschaft Blauen für ihren Bezirk vor, vom 1. d. M. ab, mindestens 40 v. H. der Jahrespachtsteuer zu erheben. Den Betrag der Jagdpachtsteuer schätzte der Vorsitzende auf 23 000 Mark im Jahre. Der Bezirksausschuß erklärte sich mit der Vorlage einverstanden, mit der Maßgabe, daß eine Bekämpfung aufgenommen werde, nach der die Amtshauptmannschaft, wenn sich bei Berechnung der Steuer Daten ergeben sollten, berechnungsfähig sein soll. Widersprüche eintreten zu lassen.

Walden. Ein neues großzügiges Volkshaus wurde hier der Öffentlichkeit übergeben. Die Anlage, die nach Entwürfen des Stadtbauamtes, von der Stadt in eigener Regie ausgeführt worden ist, erstreckt sich in der Nähe des sogenannten Höhensteiges zwischen Rude und Käufgraben im südlichen Teil der Stadt. Der Saalteil der Anlage, das Schwimmbecken, hat bei 127 Meter Länge und 30 Meter größter Breite, eine Wasserfläche von 3625 Quadratmetern. Mit diesem Schwimmbecken ist eine Sportgerichte-100-Meter-Schwimmbahn von 15 Meter Breite und einer mittleren

Wassertiefe von 1,80 Meter geschaffen worden. Auch sind Startbänke, Sprungtische, Wasserlaufbahn und Planschbecken vorhanden. Um das Becken herum zieht sich ein mehrere Meter breiter Liegestrand. Über 400 überdachte Ausliegegelegenheiten, Brandesbad, Abstellraum für Fahrräder, eine Kläranlage, durch die das aus dem Käufgraben entnommene Wasser frei von allen Eisk- und Schwefelwasserstoff in das Becken gelangt, sowie ein massives Pförtnerhaus mit Dienstwohnung vervollständigen die Anlage.

Kue. Der vom Bezirksrat beschlossene Vertrag hinsichtlich des Aufgebens der Stadt Kue aus dem Bezirksverband hat die Zustimmung der Stadtratsmitglieder gefunden.

Burgstädt. Bei der Wahl des Stellvertreters des Bürgermeisters erhielten Stadtrat Wötter und Stadtrat Niemann je 10 Stimmen. Das Los entschied zugunsten des Stadtrats Wötter.

Töbelen. Ausstellung und Jahrmess hat diesen unferren Stadt einen großen Fremdenbesuch. Der Töbeler Jahrmess zeigt neues Leben durch reichliche Warenangebot, ausfallsig besonders im Textilgewerbe. Die Sachausstellung für das Ostviertelgewerbe, die anlässlich des 21. Verbandstages des Sächsischen Sachhandwerksverbandes bis zum 21. Juni hier stattfindet, bietet vielen Firmen gute Gelegenheiten, das vorzuschieben, was Sachhandwerk und Gewerbe notwendig in ihren Betrieben brauchen. Die reichhaltige Ausstellung weist aber auch für den Privatbesitzer vieles Neue auf. Sie fällt die große Freizeithalle und einen gleichgroßen Hallen-

neubau. Die moderne Ausmachung und Schmückung der Ausstellung ist ebenfalls sehr wertvoll, jedoch die Besucher befriedigt werden.

Grümm. Der neue Vorsteher des liegenden Finanzamtes, Herr Regierungsrat Dr. Bergmann, wurde vom Herrn Abteilungspräsidenten Dr. Knobel vom Landesfinanzamt Leipzig in Gegenwart der Beamten und Angestellten des Finanzamtes in seine neue Stellung einwiefen.

Neulich am Hohnwald. Am 1. Juli 1924 soll die staatliche Kraftwagenlinie Neulich — Söhlau wieder in Betrieb genommen werden.

Reichenberg. In der Nacht zum Sonntag ist das am Markt gelegene bekannte Gasthaus „Zum Ratskeller“ durch einen Brand eingestürzt worden. Die Entstehungsurache des Brandes ist unbekannt.

Zehland. Eine Gemeindegemeinschaft hat am Sonntag hier über die Frage, ob der von den Gemeindegemeinschaften abberufene Bürgermeister Schmidt wieder gewählt werden soll oder nicht, über die Wahlberechtigung abgestimmt, hatte mit „Ja“ zu stimmen. Von den wahlberechtigten 5093 Personen wählten jedoch nur 1314 von ihrem Stimmrecht Gebrauch. Von diesen wurden abgegeben 1184 Stimmen auf „Ja“ lauten, 82 mit „Nein“, 48 Stimmen waren ungenügend. Da die 1184 Ja-Stimmen jedoch nicht die für die Wahl des Bürgermeisters durch die wahlberechtigte Mehrheit bedeuken, ist es erforderlich, einen anderen Bürgermeister zu wählen.

Dresdner Kurse vom 16. Juni.

Table with 2 columns: Name of instrument and its price. Includes items like Reichliche Staatspapiere, Reichliche Reichsbank, etc.

Veränderliche Anleihen.

Table listing various bonds and their prices, including Reichliche Reichsbank, Reichliche Staatspapiere, etc.

Städtische Anleihen.

Table listing municipal bonds from various cities like Dresden, Leipzig, Chemnitz, etc.

Reichliche Pfand- u. Hypothekendarlehen.

Table listing mortgage and loan rates for various institutions.

Volkswirtschaft und Handel.

Die Einnahmen des Reiches im Monat Mai

wurden mit 518,74 Goldmillionen angesetzt. Die Erhöhung im Vergleich zum Monat April zeigt folgende Aufstellung:

Table showing revenue breakdown for May 1924, categorized by tax type and amount.

Der Rückgang der Umsatzen zeigt den Einfluß der Wirtschaftskrise. Bei der mit einem Minus von 4,8 Mill. Goldmark ausgewiesenen Landabgabe ist zu bemerken, daß diese infolge von Mehreinnahmen in den früheren Monaten auf Grund der endgültigen Feststellungen zurückverbußt wurde.

Die Valutafrage in Dänemark.

Aus Kopenhagen wird mitgeteilt: Die Ablehnung der Valuta- und Wirtschaftspläne des Kabinetts stammend durch die radikale Opposition hat eine unheilbare Spaltung geschaffen, jedoch der Vorstand der Valutazentrale Regierung und Parlament aufzuredern mußte, umfangreiche Valuta- und staatsfinanzielle Maßnahmen nach vor dem parlamentarischen Sommerfest zu schaffen. Begründet wurde die Herabsetzung mit dem Hinweis, daß andernfalls der gegenwärtige Kurs der dänischen Krone nicht zu halten wäre. Wäher ist der Kurs durch schnelle Konsolidierung der fremden Valuten und Zinsen der Nationalbank gestützt worden. Die Valutazentrale weist aber darauf hin, daß diese Mittel zu verlagen gegenüber einer einseitigen direkten und indirekten Kapitalflucht durch Bezahlung von Valutaforderungen vor Verlust, Sicherheiten von Geldern im Ausland auf Markt, Zinsen- und Dollarkurs.

Die Valutazentrale entwirft selbst einen Plan, einen neuen Kronensatz zu verhängen und weist in diesem Zusammenhang besonders auf die tief gestellten Verhältnisse der Staatsfinanzen hin. Statt der jetzigen Unterbilanz müßte das dänische Budget in den nächsten Jahren allein jährlich 30 Millionen überschüssig zur Auszahlung verfallender Anleihen erzielen. Um aber dem Ertragsüberschuss die zur Deckung der außerordentlichen Steuerlasten ohne Geschäftsauslösung nötigen Kredite zuzuführen, schlägt die Valutazentrale die Aufnahme einer neuen Anleihe von 40 Millionen Kronen vor, von denen 10 Millionen dem nordischen Markt zuzuführen sollen und 30 Millionen in die reformierte Bankamtsbank gestellt werden müßten. Gerade die letztere Entschlossenheit ist blutig, die finanzielle Situation, die fast am 1906/07 erinnert, wo die finanziellen Verhältnisse mit Rücksicht auf den Zusammenbruch von 1908 erregungen.

Die dänische Sozialdemokratie hat ebenso wie die Banknote der Valutazentrale die drohende Gefahr erkannt. Mit den Wirtschaftsmitteln, die diese vorschlagen (neue, indirekte Steuern, direkte Steuererhöhungen auf niedrige Einkommen, neue Weider für die Landamtsbank, bei der die Nationalbank schon 180 Millionen zugute hat), kann sie sich nicht einverstanden erklären. Doch wird die hitzige Antwortigkeit hier eine Brücke finden. Im Augenblick verhandelt Stämming mit der Valutazentrale. Wahrscheinlich wird dem dänischen Landtag noch ein neuer Valutaplan vorgelegt. Von der Annahme dieses Planes hängt es ab, ob der Landtag in die Sommerferien gehen oder arbeiten will. Das dänische Wirtschaftsgeschehen ist in den Tagen.

Edelmetallpreise. (Berlin, 16. Juni.) Gold, 1 kg fein, 2785-2795 M.

Amstisch des Goldes der Dresdner Handelskammer. Das von der Handelskammer Dresden herausgegebene wertbeständige Gold ist aufgerufen worden und wird in der Zeit vom 15. Juni bis einschließlich 15. Juli 1924 durch Vermittlung sämtlicher sächsischer Girostellen von der Girozentrale Sachsen in Dresden in geeignete Zahlungsmittel umgetauscht. Der Austausch erfolgt in der Regel binnen 24 Stunden nach Einreichung der Goldscheine.

Tägliche Reichsbanknoten über 10 Billionen Mark. Von den in letzter Zeit ausgegebenen Reichsbanknoten über 10 Mill. einen Mark mit dem Datum des 1. Februar 1924, die ihren Schuld in einem natürlichen Wasserzeichen — Eichenlaub und Kreuzstern in ornamentaler Gestaltung darstellend — und in dem im Papierstoff eingebetteten Pflanzenstern tragen, sind Fälschungen eingelaufen, die als solche an dem Fehlen oder der mangelhaften Nachahmung der Schutzmerkmale — Wasserzeichen und Pflanzenstern — und ihrer zu erkennen sind. Der Fälschung dieser Fälschungen wird gegenwärtig die besten Schutz vor der Annahme von Fälschungen durch die Kenntnis des Wasserzeichens und der Beschaffenheit der echten Noten. Für die Bekämpfung von Fälschungsmitteln und damit verbundenen Angaben zählt die Reichsbank hohe Bedeutung.

Die Zeit für die Geschäftsaufsicht. Aus Berlin wird mitgeteilt: Zu der jüngst geschlossenen Sitzung über die am 14. d. M. erfolgte und an demselben Tage in Kraft getretene Verordnung zur Änderung der Geschäftsaufsicht wird berichtet, daß die von der

Anordnung der Geschäftsaufsicht rechnende Zeit, innerhalb deren der unter Geschäftsaufsicht gestellte Schuldner einen Zwangsvergleichsvorschlag einbringen muß, nicht zwei Monate, sondern nur einen Monat beträgt. Da die Neueinstellung grundsätzlich auf die Zeit ihres Inkrafttretens beschleunigter Geschäftsaufsicht Anwendung findet, werden in diesen die Schuldner für die Einreichung des Zwangsvergleichsvorschlags oder die Beibringung der zur Erlangung einer Verlängerung der Zeit erforderlichen Grundbescheinigungen zumeist auf die zwei Wochen angewiesen sein, die ihnen gemäß den Übergangsbestimmungen der Verordnung vom 14. d. M. in jedem Fall verbleiben soll.

Gebühren für Aufbewahrung von verfallenen Depositen. Die Reichsbank hat ihre Gebühren für die Aufbewahrung von verfallenen Depositen neuerdings wie folgt festgesetzt: Für verfallene Depositen ist je nach Umfang und Gewicht der Stücke eine jährliche Hinterlegungsgebühr von 0,20 oder 30 Goldmark zu entrichten. Bei Hinterlegung für 1/2 Jahr beträgt die Gebühr für jeden Zeitraum 1/2 der 0,20 M. Für die kostenpflichtige vorübergehende Herausnahme eines Deposits ist eine Zuschlagsgebühr von 1 Goldmark zu entrichten. Die Verfallensgebühr für Deposits mit Wertangabe ist auf 0,25 M. für jedes angefangene Teuend des über 5000 Goldmark hinaus angegebenen Wertes festgesetzt. Einzelheiten über die Neuordnung sind bei den Reichsbankstellen zu erfragen.

Die Kohlenproduktion in sämtlichen Kohlenländern der Welt. Aus den statistischen Zusammenstellungen über die Kohlenproduktion in sämtlichen Kohlenländern der Welt, mit Ausnahme Deutschlands, gegenwärtig höher steht als vor dem Kriege. Die veränderten Kohlenverhältnisse Deutschlands infolge der Abtrennung großer Kohlengebiete wie auch der Kohlenproduktion verantwortlich. Der Monatsdurchschnitt der deutschen Kohlenproduktion betrug vor dem Kriege 15,8 Mill. t, 1922 weniger als 10 Mill. t, 1923 2,8 Mill. t, für die ersten Monate 1924 sind die Ziffern 3,3, 3,3, 5 Mill. t. Die englische Kohlenproduktion war im April geringer als im Monatsdurchschnitt 1913, in den vorangehenden Monaten hat sie ihn jedoch beträchtlich überschritten. Belgien erreichte bereits im November vorigen Jahres die Friedensproduktion und steht seitdem noch etwas höher, 2 Mill. t pro Monat. Frankreich erreichte erst vor kurzem die Friedenskohlenproduktion. Im März betrug die Förderung 3,7 Mill. t gegenüber 3,4 Mill. t im Frieden. In der Tschechoslowakei war die Förderung im Jahre 1923 durch den großen Bergarbeiterstreik unterbrochen. 1924 betrug sie in den ersten Monaten 1,3 bis 1,4 Mill. t gegenüber 1,1 Mill. t im Jahre 1923. Polens Erzeugung betrug 1923 durchschnittlich 3 Mill. t pro Monat. Die Erzeugung des laufenden Jahres war durch den Bergarbeiterstreik ungünstig beeinflusst. Holland hat seine Kohlenförderung verdrängen können; von 156 000 t im Jahre 1913 auf 460 000 t bis 480 000 t. In den Vereinigten Staaten betrug der Monatsdurchschnitt vor dem Kriege 43 Mill. t, 1923 49 Mill. t; die Förderungsziffern für die ersten drei Monate 1924 sind: 54, 48 und 43 Mill. t. Da seitdem die Kohlenförderung weitaus gestiegen ist, dürfte auch die Kohlenproduktion der Vereinigten Staaten gegenwärtig geringer sein als vor dem Kriege. Die Kohlenproduktion in Südamerika, Indien und Japan hat sich zwar bei dem Kriege etwas gehoben, doch sind die gebliebenen Mengen an sich nicht hoch. (Japan 1,8 bis 2 Mill. t pro Monat, Indien 1,3 bis 2 Mill. t, Sibirien 0,6 bis 0,90 Mill. t.) Die Braunkohlenproduktion hat sich in sämtlichen Braunkohlenländern, wie Deutschland, Ungarn und Österreich, wesentlich erhöht, während sie in der Tschechoslowakei erst vor kurzem den Kriegsstand erreichen konnte.

Die Hamburg-Amerika-Linie (Hamburg-Amerikanische Paketfahrt-AG. (AG.) in Hamburg legt ihren Geschäftsbericht für das Jahr 1923 sowie die Bilanz für den 31. Dezember 1923 vor. Ihre Flotte wies im Mai 1924 einen Bestand an 76 Schiffen mit 373 027 Tonnagevermögen in Fahrt und zwei im Bau befindliche Schiffe mit 15 800 Bruttoregistertonnen auf. Dazu kommen die kleineren Fahrzeuge, Tanker für Seeräuberdienst, Zerstörer, Schlepper, Leichter usw., die insgesamt 152 Fahrzeuge mit 34 329 Tonnen ausmachen. Die gesamte Flotte der Hamburg-Amerika-Linie (einschließlich der Hilfsfahrzeuge) ist sowohl nach der Zahl der Schiffe als auch in Bezug auf den Raumgehalt gegenüber dem Stand von 1923 etwas vermindert, was wohl auf das Auslaufen alter Fahrzeuge zurückzuführen ist. Die Flotte bestand nach dem Stande vom Mai 1924: 251 insgesamt Schiffe mit 432 537 Tonnage gegen 260 Schiffe mit 446 506 Tonnage im Jahre 1923. Die Zahl der Schiffe ist nicht mehr als die Hälfte der Anzahl von Schiffen, die 1913 vorhanden waren und dem Raumgehalt nach kaum ein Drittel ihrer damaligen Flotte; denn 1913 waren 139 Fahrzeuge mit 1 360 200 Tonnage vorhanden. Hieron waren 194 Dampfer, die allein 1 367 411 Tonnage enthielten. Der Bruttoregistertonnen für 1923 betrug 1 787 277 BRT. (1913: 6 935 028 BRT.) Verbindungslinien, Steuern usw. nahmen 1923/24 BRT. in Anspruch und 150 000 BRT. wurden zur Abfertigung verwendet, jedoch ein Überschuss von 300 000 BRT. verbleibt, von dem die Hälfte auf Grundbesitzer-Reisekosten und auf neue Rechnung vorgetragen werden sollen. Eine Dividende wird bekanntlich nicht zur Ausschüttung kommen.

Deutsche Banarbeiter für Lüneburg. Aus den verschiedenen Gegenden Lüneburgs sind an das dänische Arbeitsministerium Gesuche um Entschädigung für deutsche Banarbeiter gelangt, da die einheimischen Arbeiter zur Bewältigung der geschuldeten Bauarbeiten in den kurzen Sommermonaten nicht ausreichen. Es fehlen hauptsächlich Maurer und Zimmerer. Das Ministerium wird einige hundert deutsche Banarbeiter für die Zeit von Juli bis Oktober zulassen.

Die Sorgen der englischen Textilindustrie. Während der jetzt stattfindenden Wirtschaftskonferenz sprach Dr. H. Hartman, der Präsident des Vereins der Wolleverarbeiter, über den gegenwärtigen Stand der Wolleproduktion. Er stellte fest, daß der für den nächsten Winter benötigte Vorrat von Wolle, 32 % über dem Bedarf an Wolle in England liegt. Die Produktion in der ganzen Welt ist zurückgegangen, hat doch allein Großbritannien im April der 31. März, die es vor 15 Jahren hatte, um noch 24 Millionen Stück. Diese Verminderung dürfte zum größten Teil der geschuldeten Nachfrage nach Wolle zuzuführen sein. Andererseits muß man sich die herrschende Mode einen größeren Bedarf an Wolle, um es zu bedecken die Hälfte des Bedarfs, in erster Linie die nicht im engersten Zusammenhang Produktionsmöglichkeiten Kanadas zu entwickeln, ohne deshalb die sehr wünschenswerte Erhöhung des heimischen Bedarfs aus den Augen zu verlieren. H. Hartman, Präsident des Baumwoll-Industrievereins, betonte, daß der Bedarf an amerikanischer Baumwolle jährlich 12 1/2 Millionen Ballen beträgt, andererseits aber die Produktion in jedem der drei letzten Jahre um ungefähr 2 Millionen Ballen hinter der genannten Zahl zurückblieb. H. Hartman ist der Ansicht, daß die Zeit nicht mehr entfernt ist, in der die amerikanischen Spinnereien die heimische Produktion abzulösen werden, und daß also die englischen Kolonien die größten Anstrengungen machen müssen, um den sich nach und nach ergebenden amerikanischen Konkurrenz zu begegnen. Die gewollte in Indien liegt in Aussicht genommenen Faserzotten dienen diesem Zweck.

Produktenpreise in Dresden.

Table listing various commodities and their prices in Dresden, including flour, oil, sugar, etc.